

Wir brauchen keinen völkischen Nachhilfeunterricht!

Dr. Sarrazins Buch ist im Kern zutiefst biologistisch, ja rassistisch. Er beruft sich auf vermeintliche Wissenschaftler, die an der Wiege einer „vulgärdarwinistischen Sozialtheorie“, standen, ohne aber Ross und Reiter beim Namen zu nennen. Er verschweigt dem Leser die Quellen. Es ist einfach unseriös und unredlich, wie Dr. Sarrazin mit den Quellen umgeht. Er blendet sie mit einer nicht nachzuvollziehenden Unbefangenheit aus, als hätte es die schlimmen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit diesen „völkischen Wissenschaften“ nicht gegeben. Frank Schirrmacher weist mit Recht in der FAZ vom 1.9.2010 darauf hin. Dieses Denken der völkischen Rassentheorie, dessen sich Dr. Sarrazin bedient, gehörte letztlich auch zum geistigen Rüstzeug der Nationalsozialisten und ihrer verbrecherischen Praxis. Dr. Sarrazin spricht von Entartung, von Nützlichkeit für die Gesellschaft (muslimische Migranten hätten keinen ökonomischen Nutzen für Deutschland) und von Selektion.

Nun wird bei Protesten gegen Dr. Sarrazin und seine professionelle Vermarktung von einigen das Recht auf freie Meinungsäußerung in die Debatte gebracht. Es würde verletzt, wenn Herr Dr. Sarrazin nicht immer und überall seine verquastenen Thesen vorstellen könne. Mitnichten ist dem so! Herr Dr. Sarrazin genießt zurzeit die Meinungsfreiheit hierzulande in vollen Zügen. Aber es darf doch andere Meinungen geben, die nicht Herrn Dr. Sarrazin zustimmen. Das Problem der Integration ist bekannt und das schon seit Jahren. DIE LINKE hat sich dazu oft geäußert

und hat im Land dazu beigetragen, dass die vorhandenen Probleme konkret gelöst werden - im Gegensatz zum früheren Berliner Finanzsenator Sarrazin. Mit den geführten Debatten um ein Tolerantes Brandenburg wurde auf breiter politischer Grundlage über die Probleme der Integration ausländischer Bürger gestritten. Dabei ging es nicht um Panikmache und schon gar nicht um die Diskriminierung ganzer Gruppen oder Religionen. Sondern es geht um ein Miteinander, bei dem die Probleme offen ausgesprochen werden müssen. Ein tolerantes Brandenburg hat keinen völkischen Nachhilfeunterricht eines Rassisten in Nadelstreifen nötig!

Politisch rechts motivierte Straftaten

Dem Bundeskriminalamt sind von den Ländern für das erste Halbjahr 2010 mit Stichtag 28. Juli 2010 insgesamt 7.891 politisch rechts motivierte Straftaten gemeldet worden. Darunter waren 387 Gewalttaten und 5.535 Propagandadelikte, wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/3014) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (17/2949) erläutert. Danach handelt es sich „um vorläufige Zahlen, die sich aufgrund von weiteren Nachmeldungen und Korrekturen teilweise noch erheblich verändern können“. Für Brandenburg Politisch motivierte Kriminalität – rechts Gewalttaten (30) und sonstige Straftaten (572) Politisch motivierte Kriminalität – rechts mit Zuordnung zum Themenfeld „Hasskriminalität“ Gewalttaten (19) uns sonstige Straftaten (87)

Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 10

Oktober 2010, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

derzeit erleben wir Sozialkürzungen in ungeheurem Ausmaß. Unter den noch frischen Eindrücken der Finanzkrise, deren Ursachen nicht behoben wurden, wird eine Umverteilung von unten nach oben vorgenommen um die Rechnungen aus dieser Krise zu bezahlen. Die Reformierung des ALG II, die Kürzungen, die durch das sogenannte Sparpaket vorgenommen werden und vor allem junge Familien im ALG II Bezug besonders hart treffen, da ihnen das Elterngeld vollständig gestrichen wird und nicht zuletzt Planungen im Gesundheitsbereich sind die markantesten und offensichtlichsten sozialen Einschnitte, die in den kommenden Jahren auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen. DIE LINKE stellt sich massiv gegen diese Pläne - ob in den Parlamenten oder auf der Straße. Denn diese Kürzungen bedeuten wachsende Armut, vor allem bei Kindern. Sie schaffen einen noch größeren Billiglohnsektor und damit eine Spirale, die in immer größere soziale Verwerfungen führt.

„Transparent und nachvollziehbar“ sollte die Berechnungsgrundlage sein, auf der die Regelsätze des Arbeitslosengelds II festgelegt werden. Das verlangte das Bundesverfassungsgericht im Februar. Der Kurs von Hartz IV führt in die falsche Richtung. DIE LINKE will einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, eine Kindergrundsicherung und eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Finanziert werden kann das alles durch eine ordentliche Besteuerung der Spekulationen und die Vermögen der Superreichen heranwagt. Mehr Informationen unter: <http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/bundesregierung-trickst-ermittlung-hartz-4-regelsatzes>

Viel Spaß beim Lesen! Diana Golze

Spruch des Monats

Zitat: „Ich finde, die Debatte um Zigaretten ist auch deswegen verlogen, weil dadurch der Eindruck erweckt wird, dass Alkohol und Zigaretten nur ein Problem von Erwerbslosen sind. Es kommt doch auch niemand auf die Idee, den Abgeordneten die Diäten zu kürzen, weil sie eventuell den Whiskeyschwenker in Schreibtischnähe haben,“

Katja Kipping

TERMINE

11. Oktober Wahlkreistag von Diana Golze in Bad Belzig mit Bürgersprechstunde

13. Oktober Wahlkreistag von Diana Golze in Brandenburg a. d. Havel – 14.00 Uhr Bürgersprechstunde im Bürgerbüro

16. Oktober Beratung der Bundesgeschäftsführung mit den Sprecherinnen und Sprechern der bundesweiten Zusammenschlüsse und Strömungen, Berlin, Karl-Liebknecht-Haus

16. Oktober 10. Tagung der Historischen Kommission, Berlin, Karl-Liebknecht-Haus

16. Oktober Bundesdelegiertenkonferenz der AG Betrieb & Gewerkschaft, Berlin

23. Oktober Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN in Brandenburg an der Havel

30. Oktober Gesamtmitgliederversammlung der LINKEN in Potsdam-Mittelmark

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Erneuten Verfassungsbruch bei Hartz IV in Karlsruhe und im Bundesrat stoppen!

Fünf Euro. Mehr ist der schwarz-gelben Koalition die Menschenwürde von Erwachsenen nicht wert. Die Bundesregierung will den Hartz-Regelsatz für Erwachsene von 359 auf 364 Euro monatlich erhöhen. Der Regelsatz für Kinder bleibt unverändert. Kinder sind also für Union und FDP keine vollwertigen Menschen, oder ihre Würde ist für die Regierungsparteien eine zu vernachlässigende Größe.

Die Bundesregierung hat sich entschieden, die Hartz IV-Beziehenden zu verhöhnen. Die neue Berechnung der Regelsätze ist nicht nachvollziehbarer geworden, obwohl das Bundesverfassungsgericht das gefordert hat. Die Berechnung ist außerdem falsch. Union und FDP setzen die Willkür von SPD und Grünen bei der Regelsatzberechnung fort.

Kernpunkte unserer Kritik sind

- Ein wirklich transparentes Verfahren hätte vorher offengelegt werden müssen.
- Die Regelsatzhöhe wurde zwischen Bundesregierung und CDU-Ministerpräsidenten sowie im Koalitionsausschuss ausgehandelt.
- Der angeblichen Neuberechnung wurden die Lebenshaltungskosten der ärmsten 15 Prozent der Bevölkerung zugrunde gelegt, nicht wie bisher der ärmsten 20 Prozent. Die Regierung hat damit die anzunehmenden Einkommen und Ausgaben nach unten manipuliert.
- Der Kinderregelsatz wurde anhand einer sehr geringen Zahl betroffener Haushalte ermittelt.

Mehr Infos www.linksfraktion.de/hartz4

Mehr Geld für Programme gegen Rechtsextremismus

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus auszuweiten und finanziell deutlich besser auszustatten. Die Mittel für das Programm „Vielfalt tut gut“ sollen von 19 auf 38 Millionen Euro aufgestockt werden. Gleichzeitig muss die Zahl der „Lokalen Aktionspläne“ von derzeit 90 erhöht werden. Zudem setzt sich die Linksfraktion für eine Erhöhung der Mittel für das Programm „Kompetent für Demokratie“ von 5 auf 8 Millionen Euro und eine Fortführung der Finanzierung des Programms „Förderung von Projekten für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland“ mit 6 Millionen ein.

Zu den Forderungen gehört auch die Schaffung einer Zentralstelle bei der Bundesregierung, um die unterschiedlichen

Programme zu koordinieren und um eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu entwickeln. Außerdem müsse eine „Unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus“ eingerichtet und mit einer Anschubfinanzierung von 5 Millionen Euro ausgestattet werden.

Die vom Bund angestoßenen und durch die Länder in unterschiedlichem Maße kofinanzierten Programme haben sich bewährt. Die erhöhte Sensibilität in der Gesellschaft gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten und deren aktuell rückläufige Zahl ist auf die langfristig angelegte Arbeit der Programme zurückzuführen. Die bisherigen Erfolge sind jedoch keineswegs gesichert. Deshalb müssen die Programme verstärkt werden.

Kein Geld – keine Kitas

Ohne ausreichende finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten des von ihm beschlossenen Kita-Ausbaus wird dieser nicht im notwendigen Tempo vorankommen. Aus klammen Kassen lässt sich schwerlich eine gute Kinderbetreuung bezahlen. Seit Jahren wird die frühkindliche Bildung zu einem zentralen Punkt auf der politischen Agenda erklärt. Den vollmundigen Versprechungen seitens des Bundes sind bislang zu wenige Taten gefolgt. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für jedes Kind rückt so in weite Ferne. Dass nun ausgerechnet von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die

Forderung nach einer Kindergartenpflicht kommt, macht deutlich, wie wenig sie die Situation in der Kinderbetreuung kennt.

Den Kitas wurde in den letzten Jahren eine ganze Reihe zusätzlicher Aufgaben übertragen, von der Sprachförderung über die Kooperation mit den Grundschulen bis hin zu mehr Elternberatung. Die Anforderungen an das Personal sind dadurch deutlich gestiegen und damit mit auch die Ausgaben für Länder und Kommunen. Die notwendige Unterstützung des Bundes bei der Finanzierung ist aber bisher ausgeblieben. Die Idee, das Problem über ein Sondervermögen in Höhe

Für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung

DIE LINKE unterstützt die Kampagne „Köpfe gegen Kopfpauschale“. Wir freuen uns, dass der DGB diese Initiative ergriffen hat und ein breites Bündnis gegen die Kopfpauschale und für eine solidarische Bürgerversicherung schmiedet.

Die sogenannte christlich-liberale Koalition startet mit ihrer Kopfpauschale den größten Angriff auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in der Geschichte der Bundesrepublik! Der Versuch, das solidarische System der Krankenversorgung zu sprengen und der Pharmalobby und der Kassenärztlichen Vereinigung zu opfern, würde unsere Gesellschaft um 100 Jahre zurückwerfen. Wenn es nach dieser Regierung ginge, dann soll in Zukunft jeder allein sehen, wie er mit seinen Krankheiten und Gebrechen zurechtkommt. Doch die Menschen wollen kein amerikanisches Gesundheitssystem, in dem der früher stirbt, der wenig Geld hat.

Die Bundesregierung liefert die Bürgerinnen und Bürger jede Woche an eine andere Lobbygruppe aus. Erst setzt sie die Sicherheit der Menschen mit der Verlängerung der Lauf-

zeiten für Atomkraftwerke aufs Spiel, jetzt will sie die Patientinnen und Patienten der Pharmalobby ausliefern. DIE LINKE fordert eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Wir wollen eine dauerhaft stabile Finanzierung des Gesundheitssystems durch Einbeziehung aller Einkommensarten sichern. Solidarität heißt für uns, dass die, die mehr verdienen, auch mehr in das Gesundheitssystem zahlen. Wir fordern die Abschaffung der Praxisgebühr und anderer Zuzahlungen.

Die Versicherten sollen nach den Plänen von Kopfpauschalen-Minister Rösler dreimal zahlen: ein erstes Mal mit der als Zusatzbeitrag getarnten Kopfpauschale, ein zweites Mal mit der Beitragserhöhung und ab 2015 ein drittes Mal mit Steuern für den Sozialausgleich. Die Gesundheit der Menschen darf nicht dem Profitstreben einiger weniger Pharmakonzerne geopfert werden. DIE LINKE sieht in der Kampagne „Köpfe gegen Kopfpauschale“ eine Möglichkeit für ein sehr breites gesellschaftliches Bündnis. Die Mitglieder meiner Partei werden diese Kampagne auf jeden Fall mit ganzem Herzen unterstützen.

Mehr Informationen unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!

Mehr Informationen unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!